

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Donnerstag, den 22. November 1883.

N^o 111.

Die Finanzlage Preußens.

Die Thronrede hat dem Lande verkündigt, daß „sich die Finanzlage des Staates günstiger gestaltet“ hat. Diese günstige Wendung ist vor Allem darin ersichtlich, daß der Etat seit längerer Zeit zum ersten Male ohne Deficit abschließt und für die Befreiung der außerordentlichen Ausgaben der Staatscredit nicht in Anspruch genommen zu werden braucht.

Diese hoch erfreuliche Thatsache kann nicht nachdrücklich genug betont, kann aber erst dann richtig gewürdigt werden, wenn auf die Ursachen dieser günstigen Wendung hingewiesen und die Hauptmomente, aus denen sich dieselbe zusammensetzt, hervorgehoben werden. Zunächst sind die Ergebnisse der Staatseisenbahnverwaltung so erfreuliche, daß auf sie allein ein Ueberschuß von 13 1/2 Million Mark aus dem Rechnungsjahr 1882/83 zurückzuführen ist, durch welchen sich die Einnahmen in dem neuen Etat für 1884/85 vermehren. Mit diesem finanziellen Resultat der Verstaatlichung dürften die Parteien, welche verständnißvoll das Werk gefördert und die Regierung unterstützt haben, zufrieden sein, zugleich dürften hiermit aber auch die Gegner der Verstaatlichung verstummen und ihre hauptsächlichsten Waffen gegenüber weiteren Projecten zerbrochen sehen. Weiter hat Preußen für das neue Etatsjahr eine größere Herauszahlung von Seiten des Reichs aus den gesteigerten Einnahmen der Zölle und der Tabacksteuer zu erwarten, — die Mehreinnahme gegen das Vorjahr beziffert sich auf über 2 Millionen Mark — und ferner vermindert sich in Folge jener gesteigerten Reichs-Zoll- und Steuererträge auch der Matrikularbeitrag Preußens um 4 1/2 Million Mark. Man darf hierin eine neue Bestätigung von der Wichtigkeit und Nützlichkeit des Weges erblicken, den die Reichspolitik eingeschlagen hat, die noch deutlicher wird, wenn man in Betracht zieht, daß durch diese Maßregel eine dauernde Verminderung der directen Steuern um ungefähr 21 Millionen Mark schon vor zwei Jahren hat bewirkt werden können. Nicht minder ist in Betracht zu ziehen, daß sich die Einnahmen der Betriebsverwaltungen ansehnlich um fast 33 Millionen Mark günstiger gestalten werden, als für das laufende Jahr veranschlagt worden ist, während der ansehnliche Mehreüberschuß für das laufende Jahr gegen das vorangehende nur 20 Millionen Mark betrug. Hierin prägt sich recht deutlich der Einfluß aus, welchen die Wirthschaftspolitik und das durch sie belebte Vertrauen auf Handel, Gewerbe und Verkehr ausüben, trotzdem die Ernte in diesem Jahr nur theilweise befriedigend ausgefallen ist. Daß angesichts dieser Besserung der Verhältnisse auch gesteigerte Aufwendungen für Unterrichtsweisen, Schifffahrt, Bauten und Meliorationen gemacht werden können, wird überall freudig vernommen werden. Im Ganzen werden 46 1/2 Millionen Mark für außerordentliche Aufwendungen verausgabt werden können, die dauernden Ausgaben sind auf 1,066,205,546 Mark veranschlagt, in Summa schließt der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 1 Milliarde und 112,781,982 Mark ab, mithin gegen das laufende Jahr mehr 29,724,099 Mark.

Das Bild, welches so die Finanzlage Preußens gewährt, ist ein sprechender Beweis von dem Segen der so viel verkehrten Steuer-, Finanz- und Wirthschaftspolitik des Reichs und Preußens. In ganz gleicher Weise zeigt sich, wie die Thronrede erklärte, mit welcher der sächsische Landtag jüngst eröffnet wurde, die günstige Wirkung der Reichspolitik auch im Königreich Sachsen, ferner auch in anderen Bundesstaaten, z. B. Baden.

Wenn Preußen keine andere Aufgabe hätte, als die Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen und seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Reich vermindert zu sehen, könnte man sich mit dem bisher erzielten Erfolge begnügen. Die Zoll- und Reichs-

steuerreform hat unzweifelhaft wie dem Reich so den Einzelstaaten reichen Segen zugeführt. Aber noch ungelöst ist die mindestens ebenso wichtige Aufgabe, die Steuerlast gleichmäßiger zu vertheilen und die Lasten, welche die Communen und hiermit auch die sämtlichen Steuerzahler bedrücken, zu erleichtern durch theilweise Uebernahme dieser Lasten auf den Staat, beziehungsweise durch Umwandlung der directen Communalsteuern in weniger drückende indirecte Reichssteuern. Diese Steuerreform hat nicht die Aufgabe, die Finanzlage zu verbessern und neue Einnahmen zu schaffen; sie hat nur den Zweck, die Lasten anders zu vertheilen, und diese Reform wird nicht nur durch die gegenwärtige Finanzlage Preußens nicht überflüssig, sondern um so notwendiger, als der Fortbestand der Mißstände in der Steuervertheilung schließlich auch auf die Finanzlage des Staates zurückwirken muß. Die gegenwärtige günstige Situation erleichtert in hohem Maße die Aufgabe der Steuerreform und enthält die Aufforderung, an diese Aufgabe unverzüglich heranzugehen; zugleich bürgt sie bei Anwendung der gleichen Grundsätze, welche die Finanzlage des Staates gebessert haben, für die Erreichung des Zieles, welches gegenwärtig dem Landtage durch die Thronrede gesteckt ist.

Socialdemokratische Ziele.

V.

Die Offenherzigkeit, mit welcher das Bebel'sche Buch über die letzten Absichten der socialistischen Partei Auskunft gegeben und das Bekenntniß abgelegt hat, daß die Abschaffung dessen, was bisher Ehe hieß, in dem socialdemokratischen Zukunftsprogramm eine feste Stelle einnimmt, wird in doppelter Hinsicht von Nutzen sein. Wenn Herr Bebel und dessen Freunde das nächste Mal versichern, daß sie keine Revolutionäre, sondern friedliche Reformer seien, die auf eine allmähliche Umgestaltung der wirthschaftlichen Verhältnisse hinarbeiteten, so wird man nur nöthig haben, den Titel des Buchs: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ zu nennen, damit aller Streit zu Ende ist. Die Nennung desselben Buchtitels wird genügen, wenn die Fortschrittler auf ihre alte Beschuldigung zurückkommen sollten, daß Socialreformer und Anhänger eines erweiterten staatlichen Einflusses auf das Wirthschaftsleben verkappte Socialdemokraten seien.

Die durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 angekündigte Reform-Politik steht sowohl rücksichtlich ihrer Methode, wie rücksichtlich ihrer Ziele zu der Socialdemocratie in ausgesprochenem Gegensatz. Da die Behauptung „die Menschheit habe drei Tausend Jahre lang auf dem Kopf gestanden und müsse jetzt auf die Beine gestellt werden“ sich als Ergebnis einer toll gewordenen Geschichtsbetrachtung kennzeichnet, sind alle Gedanken an eine vollständige und grundsätzliche, geschweige denn an eine plötzliche gewaltsame Umgestaltung des Bestehenden für den Freund der Reform völlig ausgeschlossen. Die Grundlagen des Staats, der Kirche, der Familie und des Wirthschaftslebens sind das Ergebnis einer Jahrhunderte langen geschichtlichen Entwicklung, die mit der menschlichen Natur, deren guten und schlechten Seiten im engsten Zusammenhang steht und deren Umsturz nur von Narren geplant werden kann, die sich einbilden, die vorhandene Menschheit plötzlich zu einer ganz andern machen zu können. Innerhalb des Rahmens der gegebenen Verhältnisse soll auf eine schrittweise Besserung im Sinne der Abschwächung und Ausgleichung des Gegensatzes zwischen Reichen und Armen, Unabhängigen und wegen ihrer Besitzlosigkeit Abhängigen hingewirkt werden. Der Staat soll es als seine Pflicht ansehen, auf die Feststellung der Arbeitsbedingungen einzuwirken und nur solche Arbeitsverträge zuzulassen, welche mit den Forderungen des allgemeinen Wohls